

DR. FRITZ LEUTWILER
 PRÄSIDENT DES DIREKTORIUMS
 DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

8022 Zürich, 4. April 1978

An die
 Herren Bundesräte

G.A. Chevallaz, EFZD
 P. Aubert, EPD
 Dr. F. Honegger, EVD

Herren Bundesräte,

Vor einigen Tagen bin ich von einer zweiwöchigen Reise durch die Südafrikanische Union zurückgekehrt. Der Besuch erfolgte auf Einladung des Gouverneurs der South African Reserve Bank, hatte aber privaten Charakter; irgendwelche öffentliche Auftritte waren damit nicht verbunden; meine Anwesenheit wurde denn auch von der südafrikanischen Presse nicht registriert.

Bei einer Besichtigungsreise, die von offiziellen Stellen organisiert wird, ist von vornherein damit zu rechnen, dass die positiven Aspekte eines Landes hervorgehoben werden. Das Bild, das man gewinnt, ist deshalb weder repräsentativ noch objektiv. Es wäre auch vermessen, nach einem Aufenthalt von lediglich zwei Wochen in einem grossen Land sich als Kenner der Szene zu bezeichnen. Immerhin glaube ich in der Lage zu sein, feststellen zu können, dass das Bild, das sich der Schweizer von der Lage in der Südafrikanischen Union auf Grund von Zeitungs- und Fernsehberichten macht, nicht selten verzeichnet ist.

Vor allem hat man nicht den Eindruck, in ein Land zu kommen, das von politischer und sozialer Unrast geschüttelt wird. Auch die Spannungen zwischen Schwarz und Weiss sind nicht evident. Wer die englischsprachige südafrikanische Presse liest, ist erstaunt über die täglichen scharfen Angriffe auf die Politik der Regierung und die sehr einlässliche Wiedergabe ausländischer Kritiken am System der Apartheid. Die Africaans-Presse soll regimekonformer sein. Jedenfalls ist bei den Weissen die Regierungspolitik durchaus nicht unumstritten; das gilt nicht nur für die Oppositionsparteien, sondern auch bei den Konservativen sind erhebliche Meinungsunterschiede, vor allem zwischen der älteren und jüngeren Generation, festzustellen. Die Älteren weisen gerne auf die in den letzten zehn Jahren erzielten Integrationsfortschritte hin; die Jüngeren betonen mit Nachdruck, dass in den nächsten Jahren noch mehr geschehen werde. Bis zu welchem Punkt die Integration vorangetrieben werden soll, wird nicht immer klar. Die überwiegende Mehrheit der Weissen dürfte aber angesichts des Verhältnisses zwischen Nicht-Weissen und Weissen die Forderung "one man, one vote" ablehnen,

- 2 -

da - wie sie meinen - dies dem Selbstmord der Weissen gleichkäme. Man räumt auch ein, dass in der Vergangenheit schwere, vermeidbare Fehler begangen wurden, vor allem in der Gleichstellung der Mischlinge und Inder mit den Schwarzen, was zur sozialen Isolierung der Mischlinge - die Inder bilden eine in sich geschlossene Gruppe - mit entsprechenden menschlichen und politischen Konsequenzen beigetragen und unter anderem dazu geführt hat, dass die Farbigen - im Gegensatz etwa zu Brasilien - immer schwärzer statt weisser werden.

Bei den Schwarzen fällt die ausgeprägte Stammesstruktur auf, wobei die Bindung an den Stamm noch sehr stark und die Ueberbrückung der Stammesdifferenzen - allein schon aus sprachlichen Gründen - oft recht schwierig ist. Nicht einmal die lange weisse Herrschaft scheint es fertiggebracht zu haben, die Schwarzen zu einigen. Hierzu eine kleine Anekdote:

Ein führendes Grossbankenvertreter hat mir auf meine Frage nach den Aufstiegsmöglichkeiten der Schwarzen erzählt, er habe vor kurzem einen tüchtigen Schwarzen zum Leiter einer Abteilung mit weissem und nicht-weissem Personal gewählt. Der Protest gegen diese Ernennung sei nicht etwa von den Weissen gekommen, sondern von den Schwarzen, die erklärten, es sei für sie nicht zumutbar, einem Schwarzen unterstellt zu sein. Hier braucht es noch einige Erziehungsarbeit, bis die Schwarzen bereit sind zu anerkennen, dass auch einer der ihren die gleichen Fähigkeiten wie ein tüchtiger Weisser erreichen kann.

Ueber die Frage des Stimm- und Wahlrechtes für die Nicht-Weissen wird noch ausgiebig diskutiert. Diejenigen, die "one man, one vote" ablehnen, glauben die Lösung in einem foederalistischen System, ähnlich der Schweiz, mit schwarzen und gemischten "Kantonen", finden zu können, wobei den Nicht-Weissen das "kantonale" Stimm- und Wahlrecht zugestanden würde. Teilweise ist diese Idee bereits in den als unabhängig erklärten Staaten (z.B. Transkei) und in den sog. Homelands verwirklicht.

Man gibt sich allerdings darüber Rechenschaft, dass damit die Forderungen der UNO nicht als erfüllt betrachtet würden, doch fragen sich die Weissen Südafrikas mit wachsender Bitterkeit, womit eigentlich die UNO zufriedengestellt werden könnte. Besonders die scharfe Ablehnung der in Rhodesien getroffenen Vereinbarung durch die USA und Grossbritannien hat dieses Gefühl der Frustration verstärkt. Man hat den Eindruck, dass die Integrationsfortschritte - z.B. im Sport, in Restaurants und in Hotels - sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Nicht-Weissen international überhaupt nicht zur Kenntnis genommen würden, sondern nur die für die Union ungünstigen Nachrichten in der übrigen Welt Verbreitung fänden.

Einige Worte zur wirtschaftlichen Lage: Die Ertragsbilanzsituation hat sich deutlich verbessert, indem das sehr hohe Defizit der früheren Jahre im vergangenen Jahr einem Ueberschuss Platz gemacht

- 3 -

hat. Auch im laufenden Jahr sollte ein Aktivsaldo erzielt werden können. Unbefriedigend sind die reale Wachstumsrate und die Inflationsrate. Die südafrikanische Wirtschaft befindet sich im Zustand der Stagnation, teils als Folge der Erschwerung der Güter- und Kapitalbewegungen durch die internationalen Sanktionen, teils unter der Wirkung der inländischen Geld- und Kreditpolitik (Mindestliquiditätsvorschriften und rigorose Kreditbeschränkung), die auf eine Senkung der zweistelligen Inflationsrate (ca. 13 %) ausgerichtet ist. Immerhin glauben meine Gesprächspartner nicht, dass sich die Sanktionen katastrophal auswirken werden; einen Vorbehalt bringt man lediglich für den Fall an, dass eine wirkungsvolle Sperre gegen die Lieferung von Computerersatzteilen nach Südafrika durchgeführt werden könnte, denn das könnte den Kollaps der Wirtschaft bedeuten.

Die geringe Wachstumsrate hat vor allem zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt, wobei namentlich die Schwarzen und die Mischlinge in den Städten betroffen sind. Andererseits strömen illegal ständig Schwarze aus den afrikanischen Anrainerstaaten in das Land, und legal nehmen viele Tausende von schwarzen Fremdarbeitern Arbeit vor allem in den Goldminen an, wobei der teilweise Rückbehalt von Löhnen und der Transfer dieser Beträge z.B. für Mozambique eine wichtige Einnahme darstellen.

Unter der Abschwächung des Wirtschaftswachstums leidet also vor allem die schwarze und farbige Bevölkerung (die überdies hohe Geburtenzahlen aufweist). Das gilt auch für die Beschränkung der Kapitalausfuhr nach Südafrika. Zahlreiche Investitionsprojekte in den Homelands sowie in den schwarzen Vorstädten (Soweto!) können mangels Kapital nicht realisiert werden. An ausführungsreifen Vorhaben scheint kein Mangel zu herrschen. Abgesehen vom Wohnungsbau für Schwarze und Farbige, bei dem eine Sättigung noch in weiter Ferne liegt, wird die Verlegung von Industrien in die Homelands bzw. zu den Wohnstätten der Nicht-Weissen behindert. Soweit Kapital im Ausland überhaupt erhältlich ist, müssen wegen des schlechten Images Zinsprämien bezahlt werden.

Wie sich das Bild der offiziellen Schweiz in Südafrika präsentiert, ist mir aus naheliegenden Gründen nicht recht klar geworden. Man kennt unsere Politik, z.B. auf dem Gebiet des Kapitalexportes, recht genau. Als ihre besten Freunde in unserem Land betrachten die offiziellen Südafrikaner die schweizerischen Grossbanken, die ihnen ihr Gold abkaufen und - im Rahmen des Möglichen - Kredit gewähren bzw. vermitteln. Die schweizerische Industrie ist in der Union recht gut und erfolgreich vertreten.

Meine Gesprächspartner befelegten sich selbstverständlich grösster Höflichkeit und Zurückhaltung mir gegenüber, doch schimmerte gelegentlich ein gewisses Erstaunen darüber durch, dass unsere Exportindustrie einerseits grosse Anstrengungen unter-

- 4 -

nehme, um den südafrikanischen Markt zu pflegen, andererseits aber die schweizerischen Behörden in der Kapitalexportpolitik bemüht seien, die UNO-Richtlinien strikter zu beachten als manche UNO-Mitglieder selbst. Die in Südafrika bekannte Tatsache, dass die schweizerischen Behörden bereit sind, bei Kapitalexporten, die schweizerische Güterexporte auslösen, grosszügiger zu sein, ist nicht unbedingt geeignet, den Eindruck einer etwas egoistischen schweizerischen Haltung zu verwischen. Im übrigen wurde in den Gesprächen verschiedentlich auf die bereits erwähnte Feststellung verwiesen, dass Kapitalexporte in erster Linie der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Schwarzen und Farbigen dienen. Die ESCOM (Electricity supply Commission) würde gerne Mittel in der Schweiz aufnehmen, um ein grosses Elektrifizierungsprogramm für Soweto zu finanzieren. Wenn es dem Ausland - so die südafrikanische Interpretation - schon um das Wohl der Schwarzen gehe, so sollte die Finanzierung gewisser Projekte nicht behindert werden. Die Frage wurde auch gestellt - aber mangels Zuständigkeit nicht beantwortet -, wie weit die schweizerische Regierung im Falle einer Verschärfung der Sanktionen gegen Südafrika mit den Vereinten Nationen gehen würde.

Auch bessere Kenner der Verhältnisse als der Unterzeichnete heben die Lockerungen der Apartheid-Politik hervor, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Auswärtige Beobachter und insbesondere die weissen Südafrikaner selbst machen aber geltend, dass die noch hängigen Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Eine gewisse Pressure vom Ausland her ist sicher geeignet, die Tendenz zur Integration zu fördern. Die Frage ist, ob die westliche Welt bereit ist, der südafrikanischen Regierung die Zeit einzuräumen, die sie zur Bewältigung der Probleme zu benötigen glaubt. Ueber die Zukunft ihres Landes äussern sich die weissen Südafrikaner nicht allzu pessimistisch. Sollten sie ins Unrecht versetzt werden, so könnten m.E. über die Identität der lachenden Erben kaum Zweifel bestehen.

Genehmigen Sie, Herren Bundesräte, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

